



Positionen des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden (bbs) zur Bundestagswahl 2017

145.000 ARBEITSPLÄTZE

ENERGIEINTENSIVE PRODUKTION

ENERGIEEFFIZIENTE PRODUKTE

HEIMISCHE ROHSTOFFE

INTAKTE INFRASTRUKTUR

BEZAHLBARES BAUEN

4.000 UNTERNEHMEN

I. ROHSTOFFE

Zugang zu heimischen Lagerstätten sichern

Der sichere Zugang zu Rohstoffen ist für die deutsche Industrie von existenzieller Bedeutung. Zudem verringert die Förderung und Nutzung heimischer Rohstoffe die Abhängigkeit von Importen. Rohstoffe stehen am Beginn der Wertschöpfungskette und sind Ausgangsprodukte jeder industriellen Tätigkeit. Der heimische Bedarf an Baurohstoffen kann weitgehend aus Lagerstätten in Deutschland gedeckt werden. Eine künstliche Verknappung des Rohstoffangebots ist sowohl industrie- als auch baupolitisch kontraproduktiv.

Intelligentes Planungs- und Genehmigungsrecht

Zwingende Voraussetzung für die heimische Rohstoffgewinnung sind faire planungs- und genehmigungsrechtliche Rahmenbedingungen. Potentielle Abbauflächen sollten nicht überplant werden. Naturschutzrechtliche Überregulierung macht angesichts der Leistungen der Betriebe für die Schaffung von Biodiversität keinen Sinn. Mit Blick auf die notwendige Öffentlichkeitsbeteiligung bei Rohstoffprojekten sollte sich die Politik proaktiv zur Notwendigkeit der heimischen Rohstoffgewinnung bekennen und eine ausgewogene Moderation einnehmen.

Rohstoffstrategien konsequent umsetzen

Die europäischen und nationalen Rohstoffstrategien müssen konsequent umgesetzt werden. Diese erhöhen das Rohstoffbewusstsein in Behörden, bei Multiplikatoren sowie in der Bevölkerung und verbessern die Möglichkeiten, Rohstofflagerstätten zukunftsgerichtet abzusichern. Heimische Rohstoffgewinnung benötigt ein geeignetes rechtliches Instrumentarium zur behördlichen Genehmigung. Damit einhergehen sollte auch die Stärkung der Genehmigungsbehörden durch ausreichende personelle Besetzung.

Keine Besteuerung von Rohstoffen

Rohstoffsteuern haben aufgrund der bedarfsdeckenden Produktion keine ökologische Lenkungswirkung und würden daher nur die Kosten für die Verbraucher einschließlich der öffentlichen Hand in die Höhe treiben. Darüber hinaus drohen derartige Abgaben den Unternehmen Mittel für Investitionen zur weiteren Steigerung der Ressourceneffizienz zu entziehen. Um Wettbewerbsverzerrungen am Markt zu vermeiden, dürfen nachwachsende Rohstoffe keine einseitige staatliche Förderung erhalten. Vielmehr sind wirtschaftliche Anreize für technologieoffene Lösungen erforderlich, um Effizienzpotentiale zu heben.

II. ENERGIE / KLIMA

Energiewende bezahlbar gestalten

Mit Blick auf die Energiewende ist vor allem eine höhere Kosteneffizienz bei der Förderung der erneuerbaren Energien geboten. Gleichzeitig ist die Versorgungssicherheit bei wachsenden Anteilen fluktuierender Stromerzeugung zu gewährleisten. Der dringend erforderliche Ausbau der Stromnetze darf nicht zu einer Kostenexplosion bei den Netzentgelten führen. Individuelle Industrie-Netzentgelte müssen auch künftig fortbestehen, zumal stromintensive Betriebe einen Beitrag zur Stabilisierung der Netze leisten.

Industrielle Basis sichern

Zur Sicherung der industriellen Basis ist eine Entlastung von staatlich induzierten Energiekosten unverzichtbar. Um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, bedarf es einer Kostendeckelung beim Ausbau erneuerbarer Energien. Gleichzeitig sind die notwendigen Entlastungen bei der EEG-Umlage, der Eigenstromerzeugung sowie der Energie- und Stromsteuer für stromintensive Unternehmen zwingend aufrecht zu erhalten. Zusätzliche Abgaben auf CO₂ würden zu einer Doppelbelastung führen, da die Industrie bereits dem EU-Emissionshandel unterliegt.

Keine nationalen Alleingänge beim Klimaschutz

Grundsätzlich sollten effizienter Klimaschutz und industrielle Wertschöpfung gleichermaßen konsequent verfolgt werden. Insofern sind bei der aktuellen Reform des EU-Emissionshandels faire Produktbenchmarks und ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutz unverzichtbar. Nationale Klimaschutzziele und Maßnahmen müssen einer Machbarkeitsstudie unterzogen werden, in der die entsprechenden CO₂-Vermeidungskosten aufzudecken sind. Ein Klimaschutzgesetz auf nationaler Ebene macht keinen Sinn.

Energieeffizienz und Forschungsförderung

Die Steigerung der Energieeffizienz muss eine zentrale Säule der Energiewende bleiben. Allerdings sollten verfahrenstechnische Grenzen, Investitionszyklen für kapitalintensive Industrieanlagen und gegenläufige Effekte beim Energiebedarf (etwa durch den Umweltschutz) angemessen berücksichtigt werden. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, sind erhebliche Innovationen im Bereich der CO₂-Minderung erforderlich. Neben privaten Initiativen bedarf es einer deutlichen Aufstockung der öffentlichen FuE-Investitionen u. a. im Bereich der prozessbedingten CO₂-Emissionen.

III. UMWELTPOLITIK

Umweltpolitische Zielkonflikte auflösen

Das nationale Ressourceneffizienzprogramm sollte weiterhin auf die Steigerung der Effizienz und nicht auf absolute Reduktionsziele setzen. Die geplante Mantelverordnung zur Verwertung mineralischer Sekundärrohstoffe darf nicht kontraproduktiv ausfallen. Es gilt zu verhindern, dass bisher verwertete Materialströme künftig deponiert werden müssen. Zielkonflikte sollten pragmatisch aufgelöst werden, damit Primärrohstoffe auch in Zukunft umweltverträglich durch Sekundärrohstoffe substituiert werden können.

Rahmenbedingungen der Kreislaufwirtschaft

Mineralische Bauabfälle weisen eine Verwertungsquote von rund 90% auf. Überzogene Anforderungen beim Boden- und Grundwasserschutz drohen ihre ressourceneffiziente Verwertung zu gefährden. Hier bedarf es ausbalancierter Regelungen, um geschlossene Stoffkreisläufe zu ermöglichen, Deponien zu entlasten und natürliche Ressourcen zu schonen. Um die Rückführung von Sekundärrohstoffen in den Stoffkreislauf zu optimieren, sollten die Prüf- und Dokumentationspflichten ohne Schaden für die Umwelt entbürokratisiert werden.

Keine überhöhten Auflagen für Industrieanlagen

Höhere Umweltauflagen führen in der Industrie zu regelmäßigen Nach- und Umrüstungen der Anlagentechnik. Allerdings sollten Neuregelungen – etwa bei der Technischen Anleitung Luft – nicht über die ohnehin anspruchsvollen Vorgaben der EU hinausgehen. Der Gesetzgeber muss berücksichtigen, dass kapitalintensive Produktionsstandorte nur bei ausreichender Planungs- und Investitionssicherheit im europäischen und internationalen Wettbewerb bestehen können.

Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz

Eine faire Beurteilung des Ressourceneinsatzes im Bauwesen muss nicht zuletzt auf dessen Nutzen entlang der gesamten Wertschöpfungskette abstellen. Insofern kommt es auch darauf an, den Einsatz natürlicher Ressourcen auf Bauwerksebene – und nicht losgelöst davon – zu betrachten. Dies ist bei der Weiterentwicklung des Bewertungssystems der Bundesregierung zum Nachhaltigen Bauen dringend zu berücksichtigen.

IV. WOHNUNGSBAU / IMMOBILIEN

Investitionsbedingungen verbessern

Um Investitionen in den bezahlbaren Wohnungsbau anzukurbeln, sind stärkere Anreize erforderlich. So ist die Erhöhung der Abschreibungsrate im Mietwohnungsbau auf mindestens 3% angesichts des gestiegenen Anteils der Gebäudetechnik sachgerecht. Darüber hinaus könnte die Einführung einer zeitlich und räumlich begrenzten Sonder-AfA für günstige Mietwohnungen wichtige Baupulse setzen. Schwellenhaushalte und Familien sollten beim Erwerb von Wohneigentum durch geeignete Fördermaßnahmen unterstützt werden.

Sanierungsanreize im Gebäudebestand setzen

Die Steigerung der Energieeffizienz im Immobiliensektor ist eine wesentliche Säule der Energiewende. Allerdings sind die Effizienzpotentiale insbesondere im Bereich des selbstgenutzten Wohneigentums noch weitgehend ungenutzt. Um die Sanierungsquote von derzeit nur rund 1% jährlich deutlich zu erhöhen, ist die Vereinfachung der aktuellen Förderkulisse sowie die zusätzliche Schaffung steuerlicher Anreize erforderlich. Dabei sollte der Ersatzneubau der Vollsanierung förderrechtlich gleichgestellt werden.

Bauland bereitstellen, Grunderwerbsteuer senken

Ein wesentlicher Grund für die Engpässe am Wohnungsmarkt liegt am knappen Bauland in Ballungszentren und den damit verbundenen Preissteigerungen bei Miet- und Eigentumswohnungen. Hier sind insbesondere die Kommunen gefordert, die Voraussetzungen für den Bau von bezahlbaren Wohnungen zu schaffen, indem sie die Baulandvergabe ausweiten und – stärker als bisher – von der Grundstücksvergabe nach dem Höchstpreisprinzip absehen. Ebenso sollte auf die Länder eingewirkt werden, um die Grunderwerbsteuer zumindest temporär auf 3,5% zu begrenzen.

Bauordnungsrecht vereinfachen

Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen bei der Bundesregierung hat bauordnungsrechtliche Vorgaben als einen wesentlichen Kostentreiber für den Wohnungsbau identifiziert. Die Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch Zusammenführung der 16 Landesbauordnungen und die Entschlackung ordnungsrechtlicher Vorgaben sind daher wichtige Voraussetzungen für günstigeren Wohnungsbau.

V. INFRASTRUKTUR

Investitionshochlauf weiterführen

Grundsätzlich sollten Überschüsse aus öffentlichen Haushalten verstärkt in Investitionen fließen. Für den Erhalt und Ausbau der Bundesverkehrswege müssen die jährlichen Finanzmittel (derzeit gut 13 Mrd. Euro) dauerhaft aufgestockt werden. Preissteigerungen sind dabei angemessen zu berücksichtigen. Nur so kann der Bundesverkehrswegeplan 2030 bedarfsgerecht über alle Verkehrsträger umgesetzt werden. Zentrale Voraussetzung für den effizienten Einsatz der Baumittel sind ausreichende personelle Kapazitäten bei den zuständigen Behörden.

Kommunalen Investitionsstau auflösen

Laut KfW-Kommunalpanel 2016 beläuft sich der Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur auf 136 Mrd. Euro. Insbesondere strukturell schwache Städte und Gemeinden haben kaum Investitionsspielräume, was zulasten von Schulen, Straßen und Brücken geht und eine Abwärtsspirale nach sich zieht. Hier ist der Bund aufgefordert, u. a. die Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben weiter voranzutreiben. Außerdem sollte eine Nachfolgeregelung für die 2019 auslaufenden „Entflechtungsmittel“ zwischen Bund und Ländern gefunden werden – verbunden mit einer Aufstockung auf mindestens 2 Mrd. Euro pro Jahr.

Nutzerfinanzierung ausbauen

Investitionen der öffentlichen Hand erfüllen eine wichtige Vorlauffunktion für die private Investitionstätigkeit. Kommunen, Länder und der Bund sollten aber auch Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) nutzen, um die Investitionslücken zu schließen. Die konsequente Ausweitung der LKW-Maut sowie eine effektive und europarechtskonforme PKW-Maut können zur bedarfsgerechten Finanzierung der Bundesfernstraßen beitragen. Eine vollständige Zweckbindung des Mautaufkommens muss dabei dauerhaft gesichert bleiben.

Planungsbeschleunigung voranbringen

Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern oft zu lange und binden enorme Kapazitäten. Daher sollte ausgelotet werden, inwieweit in bestimmten Fällen, etwa bei Ersatzneubauten von Brücken, Planungsvorgaben gelockert und Baumaßnahmen beschleunigt werden können. Die Infrastrukturgesellschaft Verkehr muss schnellstmöglich ihre Arbeit aufnehmen, um Planung, Umsetzung und Finanzierung aus einer Hand zu gewährleisten und die Abläufe insgesamt zu verschlanken.



Der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e. V. (bbs) vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Roh- und Baustoffindustrie. Die Branche erwirtschaftet mit 145.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von rund 31 Milliarden Euro.

Herausgeber: Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e. V. | **Verantwortlich:** Michael Basten | **Betreuung:** Dr. Matthias Frederichs
Gestaltung: AgenturWebfox GmbH, Berlin | **Druck:** Druckwerkstatt Lunow, Berlin | **Fotonachweis:** S.1 und S.4 Mitte: Thyssen-Krupp Resource Technologies GmbH; S.4 links: HeidelbergCement AG, Steffen Fuchs; S.4 rechts: Xella Group | Berlin, März 2017